

Bericht	Geschäftsbereich	Zentrale Dienstleistungen
	Ressort / Stadtbetrieb	Ressort 404 - Haupt- und Personalamt
	Bearbeiter/in	Almuth Salentijn
	Telefon (0202)	563 – 61 00
	Fax (0202)	563 – 80 29
	E-Mail	Almuth.Salentijn@stadt.wuppertal.de
	Datum:	18.04.2019
	Drucks.-Nr.:	VO/0361/19 öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
14.05.2019	Ausschuss für Finanzen, Beteiligungssteuerung und Betriebsausschuss WAW	Entgegennahme o. B.
Umsetzung des Konzeptes für Personal- und Organisationsentwicklung / Ergänzung		

Grund der Vorlage

Auftrag des Ausschusses aus der Sitzung vom 19.02.2019, die Beantwortung des Antrages der SPD-Fraktion vom 30.10.2018 (VO/0914/18) durch die Verwaltung (VO/0100/19) zu ergänzen.

Beschlussvorschlag

Der Bericht der Verwaltung wird ohne Beschluss entgegen genommen.

Unterschrift

Dr. Slawig

Begründung

Mit dem Antrag der SPD-Fraktion vom 30.10.2018 (Drucksache VO/0914/18) wurde die Verwaltung gebeten, einen Sachstandsbericht zur Weiterentwicklung des Konzeptes für Personal- und Organisationsentwicklung sowie zum Umfang der Stellen- und Aufgabenreduzierungen in den einzelnen Leistungseinheiten vorzulegen. Der Bericht der Verwaltung wurde in die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungssteuerung und Betriebsausschuss WAW am 19.02.2019 eingebracht (Drucksache VO/0100/19). Die SPD Ratsfraktion wies in der Sitzung darauf hin, dass die Frage der Auswirkungen der Stelleneinsparung nicht ausreichend beantwortet wurde. Ich habe erläutert, dass nur die Leistungseinheiten hierzu Aussagen treffen können und demnach die Abfrage entsprechend aufwändig sei. Ich sagte zu, die Informationen, die zentral durch das Haupt- und Personalamt zusammengestellt werden können, in die nächste Sitzung des Finanzausschusses einzubringen. Darüber hinaus wollte ich im Verwaltungsvorstand abfragen, wie hoch der Aufwand sein wird, die dezentralen Informationen zu erheben.

Der Verwaltungsvorstand hat sich in seiner Sitzung am 08.04.2019 mit dem Thema befasst. Dabei hat sich bestätigt, dass eine umfassende Zusammenstellung der in den einzelnen Geschäftsbereichen vorgenommenen Aufgabenreduzierungen nicht leistbar ist. Mit dieser Berichtsdrucksache werden also die zentral auswertbaren Erkenntnisse ergänzt. Sollten sich punktuell Fragen zu einzelnen Personalausstattungen ergeben, besteht die Möglichkeit, dieses in den einzelnen Fachausschüssen zu erfragen.

Ergänzende Informationen:

Im Haushaltssanierungsplan 2012 - 2021 wurden mit der Maßnahme Nr. 1 ab dem Jahr 2015 bis zum Jahr 2021 weitere Einsparungen bei den Personalkosten in Höhe von 6 Mio. € vorgesehen. Dies entspricht einem Volumen von **120 VK**.

Die Steuerung des Personalabbaus erfolgte wie bereits im Rahmen des Haushaltssanierungskonzeptes 2010 - 2014 über das Instrument der Zielvereinbarungen. Der Personalabbau wurde folgendermaßen auf die Zielvereinbarungszeiträume verteilt:

- Zielvereinbarungszeitraum 2015 – 2017: 90 VK
- Zielvereinbarungszeitraum 2018 – 2021: 30 VK

Aufgrund von personellen Mehrbedarfen in den Bereichen Meldebehörde und Ausländerbehörde wurden zudem für 2015 - 2017 zusätzliche Stellen geschaffen, die im Umfang von 17 VK verwaltungsweit kompensiert werden mussten, sodass sich der Gesamtabbau für die Jahre 2015 - 2017 auf 107 VK erhöht hat.

Bei der Verteilung der Einsparvorgaben wurden folgende Bereiche ausgenommen:

- Meldebehörde (003)
- Straßenverkehrsamt (405)
- Projekt Döppersberg (100.1)
- Zuwanderung und Asylbewerber (204)
- Offene Türen (208)

- Bergisches Kompetenzcenter (305)
- Kultursekretariat (200.KS)
- Zoo (215)
- Von der Heydt-Museum (216)
- BVLA (302)

Die Aufstellung der Zielvereinbarungen erfolgte im ersten Schritt zwischen den Leistungseinheiten und den jeweiligen Geschäftsbereichen und im zweiten Schritt mit 404 im Rahmen der Plausibilitätsprüfung. Hier wurde insbesondere darauf geachtet, dass die Einsparungsvorschläge realisierbar sind. Sämtliche Zielvereinbarungen und Maßnahmen wurden dem Personalrat im Rahmen der vertrauensvollen Zusammenarbeit zur Verfügung gestellt.

Im Zielvereinbarungszeitraum 2015 - 2017 wurde durch die Leistungseinheiten festgelegt, in welchen Bereichen der Personalabbau umgesetzt wird. Zur Stärkung der Flexibilität innerhalb der Geschäftsbereiche wurde die Einsparvorgabe des Zielvereinbarungszeitraums 2018 (30 VK) nur bis auf Geschäftsbereichsebene vorgegeben, die Verteilung konnte dort selbständig priorisiert werden.

Aktueller Stand des VK-Abbaus:

Mit dem Monat Dezember 2018 ist der Abbau bis auf 3,45 VK planmäßig umgesetzt. Hierbei ist zu beachten, dass rund 20 VK durch Bewirtschaftung ohne Konkretisierung einzelner Stellen erzielt werden.

Genehmigte VK- Mehrbedarfe im Zeitraum 2015-2021

Neben dem dargestellten Personalabbau wurden in den Zielwertzeiträumen 2015 – 2017 sowie 2018 – 2021 zusätzliche Stellen im Umfang von rund 633 VK eingerichtet:

- Zielvereinbarungszeitraum 2015 – 2017: 261 VK
- Zielvereinbarungszeitraum 2018 – 2021: 372 VK

Bei diesen 633 VK handelt es sich vor allem um gesetzlich veranlasste Mehrbedarfe, u.a. für Kita-Ausbau, Feuerwehr (Brandschutz- und Rettungsdienstbedarfsplan), Flüchtlinge, Bundesmeldegesetz sowie um refinanzierte Aufgabenwahrnehmungen für Dritte wie z.B. für das Jobcenter, WAW, BSI oder GMW.

Im Verhältnis zum Personalabbau aufgrund des Haushaltssanierungsplanes 2012-2021 in Höhe von 137 VK ergibt sich somit in der Gesamtbetrachtung eine Differenz zum genehmigten VK-Mehrbedarf von insgesamt 496 VK, die im Stellenplan ausgewiesen sind.

Demografie-Check: entfällt